

**Auf zum 1. Mai!**

# **Für Zusammenhalt und Solidarität! Gemeinsam kämpfen für unsere Zukunft**

2020 sanken in Deutschland die Löhne durchschnittlich um 1 Prozent - in einigen Branchen sogar um bis zu 15 Prozent. Vor allem geringfügig Beschäftigte sind von Lohnverlust stark betroffen. Die gleichzeitig steigenden Ausgaben bei den Lebenshaltungskosten führen zu wachsender Armut. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie verschärfen die soziale Ungleichheit in Deutschland. Die Superreichen werden mit millionenschweren Hilfspaketen durch die Krise getragen und noch reicher. Menschen, die ohnehin wenig haben, sind von der Krise besonders stark betroffen. Hinter der Verarmung der Lohnabhängigen steht eine Politik, die auch die Gesundheit der Menschen dem Profitinteresse unterwirft. Krankenhäuser wurden zu profitorientierten Unternehmen umorganisiert: Personalabbau, schlechte Arbeitsbedingungen und Schließungen sind die Folgen.

## **CORONA TRIFFT DIE LOHNABHÄNGIGEN - REGIERUNG SCHÜTZT DIE VERMÖGENDEN!**

Die Kosten der Wirtschaftskrise, verstärkt durch die Pandemie, werden den Werktätigen und Kleinunternehmen in Rechnung gestellt. Hunderttausende Lohnabhängige haben ihren Arbeitsplatz verloren, Millionen wurden in Kurzarbeit geschickt und mit niedrigeren Löhnen abgespeist. Unzählige kleine Betriebe meldeten Konkurs oder kämpfen um ihre Existenz. Zeitgleich haben die reichsten Menschen der Welt ihr Vermögen erheblich vergrößert. Das Vermögen der reichsten 2365 Milliardäre der Welt stieg letztes Jahr um 54 Prozent auf 12,39 Billionen US-Dollar.

## **TARIFVERTRÄGE REICHEN NICHT MAL AUS, UM INFLATION AUSZUGLEICHEN!**

Erst kürzlich haben Gewerkschaften Tarifverträge für Millionen von Werktätigen in verschiedenen Branchen abgeschlossen. Obwohl Hunderttausende an Warnstreiks teilnahmen, konnten die Tarifverträge - mit Ausnahme einiger Branchen und Bereiche - die Lohnverluste der KollegInnen nicht auffangen und damit die Verarmung bremsen. Durch die sozialpartnerschaftliche Haltung der Gewerkschaftsvorstände wurden die Arbeitgeberverbände sogar ermutigt, einen noch härteren Kurs zu fahren. Das Gesundheitspersonal, das während der Pandemie unter den schwersten Bedingungen arbeitete, erhielt nur Beifall, dennoch planen riesige Krankenhauskonzerne wie Helios die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen weiter zu verschärfen und die Löhne zu senken.

## **WIR MÜSSEN UNS WEHREN!**

### **Wir fordern Arbeitszeitverkürzungen, ein Verbot von Leiharbeit und Kündigungen!**

Das letzte Jahr hat wieder einmal deutlich gemacht, dass es sinnlos ist, von der Regierung ein solidarisches Eingreifen zu erwarten. Die Angriffe der Profitjäger auf uns Werktätige können wir deshalb nur abwehren, indem wir uns hinter unseren Forderungen vereinen und uns organisieren. 2020 wurden 500.000 Vollzeitstellen und 850.000 Teilzeitstellen abgebaut.

Die meisten von ihnen waren befristet beschäftigte LeiharbeiterInnen und geringfügig Beschäftigte. Während Wissenschaft und Technik sich stetig weiterentwickeln und dadurch die Produktivität steigt, sowie die Digitalisierung in allen Bereichen vorangetrieben wird, muss auch die Arbeitszeit dauerhaft verkürzt werden. Damit kann Massenarbeitslosigkeit verhindert werden. Aus diesem Grund fordern wir eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich in allen Bereichen. Leiharbeit muss verboten und der gesetzliche Mindestlohn angehoben werden, damit kein Mensch prekär arbeiten und leben muss.

## **DIE KRISENGEWINNER UND SUPERREICHEN SOLLEN DIE KRISE ZAHLEN!**

Auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene wurden verschiedene Rettungspakete geschnürt, die ein Gesamtvolumen von 1,6 Billionen Euro betragen. Der Löwenanteil dieser Rettungspakete kam den Konzernen zu gute.

Wer wird diese Rechnung jetzt und nach der Pandemie bezahlen? Wenn es nach den Regierenden und Wirtschaftsbossen geht: Wir ArbeiterInnen, RentnerInnen, Angestellte, Selbstständige und die Jugend! Doch dagegen wehren wir uns! Die Vermögenden sollen für die Krisenkosten aufkommen.

Dazu müssen wir die sozialen Kämpfe miteinander verbinden: Arbeitskämpfe für mehr Lohn, Verstaatlichung der Gesundheitsversorgung und der Wohnverhältnisse, Finanzierung der Bildung, so dass jedes Kind eine gute Chance auf Bildung bekommt und den Erhalt der Umwelt statt Ausbeutung und Zerstörung seitens der Industrie.

Aus diesem Grund rufen wir als Föderation demokratischer Arbeitervereine alle Werktätigen auf, gemeinsam für Solidarität, Gleichberechtigung und eine lebenswerte Zukunft zu kämpfen - erst recht am 1. Mai unter Pandemiebedingungen!



**Föderation Demokratischer Arbeitervereine**

Berliner Str. 77 51063 Köln (V.i.S.d.P.: Hüseyin Avgan)

0221 - 9255493 / [www.didf.de](http://www.didf.de) [didf@didf.de](mailto:didf@didf.de)

